

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 17 (1976)  
**Heft:** 7

**Artikel:** Ohne einen einzigen Schuss 6. Als ob die Wähler das Volk wären... :  
Leitfaden zur friedlichen Machtergreifung durch die KP

**Autor:** Kozak, Jan  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094679>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Ohne einen einzigen Schuss

# Als ob die Wähler das Volk wären...

## Leitfaden zur friedlichen Machtergreifung durch die KP

### Von Jan Kozak (Schluss)

**Wir kommen heute zum Schluss der KPTsch-Studie von 1957 über die Möglichkeit der kommunistischen Machtergreifung auf friedlichem Weg, dargestellt am tschechoslowakischen Beispiel der Jahre 1945 bis 1948. Ein osteuropäischer Rückblick, der zum westeuropäischen Ausblick geworden ist. Wir fügen dem Text einen separaten Kommentar bei.**

Die reformistische Auffassung von der Rolle des Parlaments trat 1945–1948 unter dem Einfluss des rechten Flügels auch in Theorie und Praxis der Sozialdemokratie zutage und stand in krassem Gegensatz zu der von den Kommunisten verfolgten revolutionären Linie des Gebrauchs des Parlaments. Ganz nach jener Linie erklärte der 20. Kongress der Sozialdemokratischen Partei, dass «der Mittelpunkt allen politischen Lebens die Nationalversammlung» sei (S. 66). Die Verkündung dieses Prinzips erfolgte nicht zufällig. «In jeder (!) Demokratie ist die demokratisch-parlamentarische Unterstützung des Volkswillens das Wichtigste.» («Die Sozialdemokratie und die Rechte der Nationalversammlung», «Cil», 1946, S. 5.) «Im parlamentarischen System (auch im bürgerlichen?) werden die Entscheidungen vor den Augen des Volkes und unter seiner direkten Kontrolle gefällt.» (V. Erban, «Svet Prace», 14. 9. 46).

Was das in der Praxis bedeutete, wurde von A. Samek in seinem Artikel «Ueber die reaktionäre Rolle der sozialdemokratischen Ideologie des Ueberganges der nationalen und demokratischen Revolution in eine sozialistische» gut erklärt («Filosoficky Casopis» 1955, Nr. 1).

«Praktisch bedeutete das, dass der rechte Flügel der Sozialdemokratie, wann immer das Volk seinen Willen anders als durch seine Vertreter in der Nationalversammlung äusserte, in Opposition dazu seine Stimme erhob. Als sich im Verlaufe des Kampfes für das ‚Hradec-Programm‘ die Kommunisten direkt an das Volk wandten und die Bauern auf

**Demokratie als Wählerdemokratie im Parlament?  
Was für ein krimineller bourgeoiser Unsinn!**

ihren Zusammenkünften dieses Programm billigten und ihre Vertreter zur Nationalversammlung sandten, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen, reagierte der rechte Flügel der Sozialdemokratischen Partei folgendermassen: „Die Kommunisten begannen, öffentliche Bauernversammlungen zu veranstalten. Das wuchs sich zu einer ganzen Bewegung aus, organisiert, um die Nationalversammlung, auch mit Hilfe an das Parlament entsandter Abordnungen, zu zwingen, den vom Landwirtschaftsministerium vorgelegten Gesetzentwurf unverändert zu verabschieden. Mit einer derartigen Beeinflussung

des Parlaments und mit diesen vom Minister angewandten Methoden konnten wir natürlich nicht einverstanden sein!“ Tätigkeitsbericht, S. 13.) Das Volk darf nicht entschieden gegen die Bourgeoisie Stellung nehmen, es darf nur durch seine Vertreter im Parlament diskutieren!

Als die Bourgeoisie dank ihrer Stellung im Justizministerium und in den Gerichten fortfuhr, gegen Veräter schandhaft milde Urteile zu fällen, und als darauf das Volk entschlossen seine Stimme gegen diesen Zustand erhob, schrieb die tschechoslowakische sozialdemokratische Presse, dass die Gerichte (im vorliegenden Falle die Bourgeoisie) und nicht die Strasse (d. h. das werktätige Volk) Recht sprechen sollten. Wenn das S. N. B. [der Staatssicherheitsdienst] Schritte gegen die Feinde der Volksdemokratie unternimmt, wenn es offen die Interessen des Volkes und nicht die der Bourgeoisie verteidigt, beklagt sich der Bericht über „politische Beeinflussung und Missbrauch des Sicherheitsapparates“ (S. 48). Wenn die Nationalversammlung die Gesetzesvorlage über Aufklärung für die Offiziere des Sicherheitsdienstes diskutiert, bringen die tschechoslowakischen sozialdemokratischen Abgeordneten einen Entschliessungsantrag ein, in dem behauptet wird, die politische Erziehung des S. N. B. sei unnötig! So sollte die Arbeiterklasse ihrer wichtigen Waffe beraubt werden.

Am 2. Juli 1946 schreibt die ‚Pravo Lidu‘, die tschechoslowakische Sozialdemokratie sei nicht gewillt, sich durch öffentliche Proklamationen, Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen usw. beeinflussen zu lassen. Diese Tatsachen beweisen deutlich, dass sich die Sozialdemokratie der wahren Volksherrschaft widersetzt und versucht, die politische Aktivität des werktätigen Volkes zu untergraben, seinen politischen Horizont einzuengen und es zu einem hilflosen Werkzeug bürgerlicher Politiker zu machen.»

Diese Charakteristik lässt sich durch ein Beispiel ergänzen, das zeigt, wie Theorie und Praxis der sozialdemokratischen Isolierung des Parlaments von den Massen des werktätigen Volkes den Interessen der Bourgeoisie entsprachen. Als sich im Herbst 1945 die Bourgeoisie einer Verordnung widersetzte, die die Nationalisierung der Schlüssel- und Schwerindustrien vorsah, entschloss sich die KPTsch, sich an das Volk zu wenden. Es entfaltete sich eine riesige Massenbewegung, die die Bourgeoisie an die Wand drückte. Die Bourgeoisie, erschreckt durch den Druck der Volksmassen, verkündete: «Wir betrachten jeden Druck, der die beschleunigte Annahme der Verordnung fordert, als schädlich. Die Regierung benötigt nichts so sehr wie Ruhe und Zeit...» («Lidova Demokracie», 26. 9. 45.) (...)

⑥ Um den reformistischen «demokratischen Weg» zum Sozialismus vollständig zu machen, musste natürlich die Grundbedingung für die Möglichkeit eines Sieges des Sozialismus gelegnet werden – die Diktatur des Proletariats. «Unser Staat hat sich für die Sozialisierung auf demokratische Art entschieden, d. h. durch den Stimmzettel und nicht durch Revolution und Diktatur.» (Protokoll des 20. Kongresses der Sozialdemokratischen Partei, S. 161.) So sollte die Lösung der Probleme des Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, der Brechung des verzweifelten Widerstandes der Bourgeoisie, der Enteignung der Ausbeuter sowie der Umgestaltung der privatkapitalistischen Kleinproduktion in eine sozialistische Produktion in grossem Massstab möglich sein ohne Leitung der Politik durch die Arbeiterklasse, ohne Diktatur des Proletariats – einfach durch Phrasen über irgendeine Art von reiner Demokratie. Mit anderen Worten: Revision und Leugnung eines der Grundprinzipien der marxistisch-leninistischen Theorie der Klassen und des Klassenkampfes.

Die reformistische Theorie und Praxis des «parlamentarischen Weges» blieben, obwohl durch die neuen Bedingungen begünstigt, was sie immer, sogar auf dem Boden der Volksdemokratie, gewesen waren, nämlich Theorie und Praxis der Verteidigung der Bourgeoisie. Ihr Ziel war die Untergrabung der führenden Rolle der Arbeiterklasse in der Revolution, da sie die Notwendigkeit einer Revolution selbst verneinte, die Möglichkeit der dauernden Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie verkündeten und versuchten, das Parlament von dem revolutionären Druck des werktätigen Volkes zu isolieren und es als ein Organ zur Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie zu bewahren, da sie schliesslich die Notwendigkeit einer Diktatur des Proletariats verneinten und anstelle der Notwendigkeit einer proletarischen Demokratie Illusionen von «reiner Demokratie» nährten. (...)

*Daher muss die Arbeiterklasse, wenn sie unter ihrer Führung eine vereinigte revolutionäre Volksbewegung schaffen will, die imstande ist, den Wider-*

**Die rechten Sozialdemokraten taten nachgerade so, als ob auch die bürgerliche Mehrheit zum Volke gehörte würde.**

*stand der revolutionären bürgerlichen Kräfte zu brechen, wenn sie ein bürgerliches Parlament in ein Organ des Willens des werktätigen Volkes umwandeln und es als Instrument für einen friedlichen Uebergang zum Sozialismus benutzen will, systematisch und energisch gegen den Reformismus mit seiner verräterischen Ideologie und Praxis kämpfen. Daher ist es die Pflicht der Arbeiterklasse, ihre Kritik an den Reformisten fortzusetzen, die sich weigern, die Volksmassen gegen die konterrevolutionäre Bourgeoisie zu mobilisieren, zu organisieren und einzusetzen.*

Der Kampf gegen die Opportunisten, die nicht in der Lage sind, ihre Politik der Zusammenarbeit und des Kompromisses mit den Kapitalisten und Grundbesitzern aufzugeben, ob sie sich dessen bewusst sind oder nicht, kann nicht getrennt werden von systematischen und zielbewussten Bemühungen, zu einer Zusammenarbeit zu kommen und eine Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten und anderen sozialistischen Parteien zu bilden. Das ist möglich geworden durch die Veränderung objektiver und subjektiver Prozesse in der Welt in dieser gegenwärtigen historischen Epoche. Der Kampf für Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit, für Demokratie, Frieden und Verbesserung der sozialen Lage des werktätigen Volkes stellt sich unter den gegenwärtigen Bedingungen in steigendem Masse als gemeinsa-

me Aufgabe der kommunistischen und aller anderen politischen Parteien und Organisationen dar, die die Prinzipien von Sozialismus und Demokratie anerkennen. In der gegenwärtigen Situation sollten nicht die Fragen der grundlegenden Unterschiede betont werden, sondern gemeinsame Fragen, die unmittelbare Interessen betreffen.

Den Beweis für die Möglichkeit und den Erfolg eines solchen Kampfes finden wir wieder in unserer eigenen Erfahrung. Im Verlaufe des Kampfes (...) wurde eine breite Nationale Front der Arbeiter, Bauern, Handwerker, der Intelligenz und eines Teils der Bourgeoisie gebildet. Diese von der Arbeiterklasse geführte Nationale Front stellte eine entscheidende innere Macht dar, die den Sieg der nationalen und demokratischen Revolution sicherte.

Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und der starke Einfluss der sozialistischen Ideen, der im Laufe der nationalen und demokratischen Revolution zum Ausdruck kam, machten es im Juni 1945 möglich, im Rahmen der Nationalen Front einen «sozialistischen Block» zu bilden. Die Schaffung des sozialistischen Blocks innerhalb der Nationalen Front bedeutete ein Abkommen zwischen der KPTsch, der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Volkspartei über ein gemeinsames Vorgehen in allen sich aus der Ausführung des Kosice-Programms ergebenden Fragen.

Die Existenz des «sozialistischen Blocks», dessen Vertreter in der Regierung die Mehrheit besaßen, konnte die Möglichkeit eines verhältnismäßig schnellen Uebergangs zum Sozialismus bedeuten, während gleichzeitig die laufende Stärkung der linken und wahrhaft sozialistischen Elemente in den nicht-kommunistischen Parteien weiterging.

Das Wirken und die Entwicklung der Kräfte im Lande haben jedoch gezeigt, dass die wichtigste Folge des Abkommens die Tatsache war, dass es, abgeschlossen vor den Augen der einfachen Mitglieder der betroffenen Parteien, die Einheit der Arbeiter-

Bauern erhoben, die unter den Folgen einer katastrophalen Dürre litten, sprachen sich sogar die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei gegen diese Forderung aus. Die Kommunisten organisierten sofort eine allgemeine Stellungnahme und Druck durch die Volksmassen, besonders eine ge-

meinsame und entschiedene Stellungnahme der Arbeiterklasse für die Erfüllung dieser Forderung: «Rudé Pravo», das Zentralorgan der KPTsch, veröffentlichte sofort nach der Weigerung, die Reichsteuern zu billigen, die Namen aller Minister, die gegen die Massnahme gestimmt hatten, und fügte folgende Blossstellung hinzu: «Alle diese Herren sind von unserem Volk in dem ehrlichen Glauben gewählt worden, sie hätten sich dem Programm der Nationalen Front verschrieben. Durch ihre Haltung jedoch haben sie den breiten Massen der Arbeiter, Bauern, Büroangestellten und Handwerkern, die sie gewählt haben, gezeigt, dass sie Millionäre, Spekulanten, Industrielle, Grundbesitzer und Händler schützen. Von diesen Leuten gibt es in unserem Land nur 35 000. Ihre Stimmen würden kaum für zwei Mandate ausreichen. Tatsächlich haben sie je-

*Nur gerade weil sie die Mehrheit im Parlament hatte, nahm sich die Bourgeoisie heraus, gegen die Verstaatlichung der Industrie aufzutreten und damit ihre Feindschaft zum Volk offen zu bekunden.*

# die politische meinung

Zweimonatshefte für Fragen der Zeit

Im Wahljahr 1976 wird über tagespolitische Anlässe hinaus nach grundsätzlichen Argumenten für Unterscheidung und Abgrenzung gesucht. Unter dem Leitwort

## Kampf um die Mitte

haben u. a. geschrieben:

- |                              |  |
|------------------------------|--|
| Prof. Dr. E. Noelle-Neumann: | «Adenauer und die Wahlen»              |
| Prof. Dr. Helmut Schelsky:   | «Was heisst heute liberal?»            |
| Prof. Dr. Helmut Schoeck:    | «Kampf um 5% Wähler»                   |
| Dr. Rüdiger Altmann:         | «Was ist die ‚politische Mitte‘?»      |
| Dr. Anton Böhm:              | «Auf der Suche nach der ‚neuen Mitte‘» |

Heft Nr. 163 (November/Dezember 1975) hatte mit wesentlich erweitertem Umfang aus Anlass des 100. Geburtstages Konrad Adenauers nachgedacht über das Thema:

## Adenauer-Politik Gestern und Morgen

Dazu hatten geschrieben:

- Dr. Helmut Kohl: «Erbe und Auftrag»; Prof. Dr. Alfred Müller-Armack: «Adenauer, die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftspolitiker»; Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz: «Die Wiedervereinigungspolitik Adenauers»; Dr. Bruno Heck: «Adenauer und die CDU»; Prof. DDr. Peter Berglar: «Das Phänomen Adenauer»; Dr. Giulio Andreotti: «Adenauer und De Gasperi»; Prof. Friedrich Torberg: «Die Intellektuellen und Adenauer».

Herausgeber: Dr. Bruno Heck,  
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung  
Chefredakteur: Dr. Karl-Willy Beer

Heftumfang ca. 100 Seiten. Einzelpreis DM 5,-, Jahresbezugspreis für 6 Hefte DM 25,-, für Schüler und Studenten (bei Vorlage einer Studienbescheinigung) DM 16,- inkl. MwSt. zuzüglich Versandkosten.

**EICHHOLZ-VERLAG GmbH D-53 Bonn Postfach 458**

*Die Höhe der Unverschämtheit: Als der von uns kontrollierte Staatssicherheitsdienst gegen gerichtliche Milde für bourgeoise Elemente einschritt, gab es tatsächlich Leute, die das als Einmischung in das Gerichtswesen darzustellen versuchten.*

terklasse stärkte und es für die Bourgeoisie und ihre Handlanger in den Führungen der Sozialistischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei schwieriger machte, einen Ausweg zu finden aus der Verpflichtung, das Regierungsprogramm durchzuführen, das zur politischen Grundlage des Blocks gemacht worden war.

*(Das Abkommen erfüllte die taktische Aufgabe, von allen unzuverlässigen Verbündeten möglichst weitreichende Konzessionen, Verpflichtungen und Versprechen zu erlangen, was der sicherste Weg war, sie blosszustellen und den treuen Verbündeten in diesen Parteien zu helfen. Dieses Muster und diese Form der Zusammenarbeit können in einer anderen Situation in anderen Ländern zu einer allmählichen Wiederannäherung der sozialistischen Parteien und damit zu weit grösseren und tieferen Folgen führen.) (...)*

Der ganze Verlauf des Kampfes in den Jahren 1945-1948 zeigt, dass der wichtigste und entscheidende Faktor bei der Bildung und Stärkung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse ihre Bildung «von unten» im Laufe des Kampfes für die sofortige Erfüllung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Forderungen des werktätigen Volkes ist. Als so z. B. 1947 die Kommunisten in der Regierung die Forderung nach einer «Millionärssteuer» zugunsten der

doch Helfer in den vier Parteien der Nationalen Front in der Regierung gefunden.» («Rudé Pravo», 4. 10. 57).

Diese umfassende und klare Forderung der Kommunisten brachte die einfachen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei zum gemeinsamen Kampf gegen die Kräfte des rechten Flügels in ihrer eigenen Partei; ganze Organisationen standen entschlossen hinter den gemeinsamen Aktionen. Das stellte einen sehr starken Druck auf die Führung der Sozialdemokratischen Partei dar, eine Schwächung des rechten und Stärkung des linken Flügels mit dem Ergebnis, dass nach einwöchigem Kampf am 11. September zwischen der Führung der KPTsch und der der Sozialdemokratischen Partei ein Abkommen über gemeinsames Vorgehen abgeschlossen wurde. Dieses Abkommen enthielt für beide Seiten sehr wichtige Verpflichtungen:

1. einen gemeinsamen Entwurf für die «Millionärsteuer» vorzulegen;
2. in der Frage der Besoldung der Staatsangestellten gemeinsam vorzugehen;
3. für die Einheit der Nationalen Front zu kämpfen und an die Mitglieder beider Parteien zu appellieren, vereint «von unten» zu handeln.

Diese ganze Taktik bietet ein deutliches Beispiel für den entscheidenden Einfluss der Einheit an der Basis auf die Möglichkeit einer wirksamen Zusammenarbeit mit der Führung anderer sozialistischer Parteien. Diese von den Kommunisten in der ganzen Periode von 1945–1948 verfolgte Taktik führte zur

*Den Reformismus werdet ihr daran erkennen, dass er die Diktatur des Proletariats leugnet.*

Stärkung und zu grösserer Entschiedenheit des linken Flügels der Sozialdemokratischen Partei, zu seinem allmählichen Einschwenken auf die Positionen des wahren revolutionären Marxismus und damit schrittweise zu ideologischer Uebereinstimmung mit den Kommunisten. Sie schuf für den linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei die Voraussetzungen dafür, die Vertreter des rechten Flügels in dem Augenblick aus der Partei auszuschliessen, in dem der rechte Flügel sich auf einen offenen Uebergang auf die Seite der Bourgeoisie (in der Februarkrise 1948) vorbereitete. Sie schuf ferner die Möglichkeit, die Partei zu säubern.

Die praktischen Erfahrungen des tschechoslowakischen Weges zum Sozialismus haben die Gültigkeit vieler Grunderfahrungen der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution bestätigt. Hinsichtlich dieser allgemein gültigen Grunderfahrungen der sozialistischen Revolution steht die Sowjetunion als Beispiel für alle. So verfolgte und verfolgt unsere Revolution trotz ihren besonderen Aspekten im Grunde den von der Sowjetunion eingeschlagenen Weg. (...)

Unser Beispiel hat gezeigt, dass in der Tschechoslowakei der Uebergang zum Sozialismus nur deshalb erfolgreich war, weil er unter der politischen Führung der Arbeiterklasse mit der marxistisch-leninistischen KPTsch an der Spitze stand. Es hat gezeigt, dass die besondere Form des Uebergangs das Wesen der neuen, von der sozialistischen Revolution

*Die Existenz einer Volksfront hat uns den Uebergang wesentlich erleichtert. Gleichzeitig mussten wir natürlich darauf bedacht sein, die nicht wahrhaft sozialistisch eingestellten Elemente in den Partnerparteien auszuschalten.*

geschaffenen Macht, der Diktatur des Proletariats, nicht im geringsten beeinträchtigt hat. Es bestätigte die Gültigkeit des Satzes Lenins, dass jede Nation, die dem Sozialismus entgegengieht, «jeder bestehenden Form von Demokratie, jeder bestehenden Form der Diktatur des Proletariats, jedem konkreten Schritt bei der sozialistischen Umformung der verschiedenen Seiten des sozialen Lebens etwas Besonderes hinzufügen wird». (Lenin, «Werke», tsch. Ausgabe 1957, S. 71). Während Aufgaben und Form der vom Proletariat während der Grossen Sozialisti-

*Warum hätten wir unser Abkommen mit andersgerichteten Parteien denn nicht machen sollen? Es ging um Taktik. Einmal zwangen wir sie so zu Konzessionen, und dann mussten wir doch unsere Verbündeten in ihren Reihen stärken.*

schen Oktoberrevolution errichteten Diktatur des Proletariats der damaligen historischen Situation in Russland und dem damaligen Verhältnis der heimischen und internationalen Klassenkräfte entsprachen, entsprechen Aufgaben und Form der Diktatur des Proletariats in der volksdemokratischen Tschechoslowakei der gegenwärtigen historischen Situation in der Tschechoslowakei. Diese Form der Diktatur des Proletariats unterscheidet sich in einigen Punkten von der Form, die sich die Grosse Sozialistische Oktoberrevolution zu eigen gemacht hatte:

- durch das Vorhandensein der Nationalen Front als politischen Ausdrucks der Einheit zwischen Arbeiterklasse, werktätiger Bauernschaft und den anderen werktätigen Menschen;

- durch die Beteiligung mehrerer politischer Parteien an der Nationalen Front. Diese nichtkommunistischen Parteien sind in ihrem Wesen kleinbürgerlich, erkennen jedoch voll und ganz die führende Rolle der KPTsch an, ordnen sich ihr unter und dienen so dem Aufbau des Sozialismus und dem gemeinsamen Kampf des Volkes für den Frieden;

- durch die Anerkennung früherer bürgerlicher Institutionen, wie z. B. Parlament, Amt des Präsidenten usw., die jedoch einen neuen, sozialistischen Zweck angenommen haben;

- dadurch, der Bourgeoisie nicht das Wahlrecht zu entziehen, sondern sich das Prinzip allgemeiner, geheimer und direkter Wahlen zu eigen zu machen. Unser Weg hat den endgültigen Beweis dafür geliefert, dass der Marxismus-Leninismus nichts mit einem «Gewaltakt» zu tun hat, und hat ausserdem die Lügenpropaganda des Reformismus schwer erschüttert, der den arbeitenden Massen einzureden versucht, dass der Hauptunterschied zwischen der revolutionären Arbeiterbewegung und dem Reformismus im Problem eines «unblutigen» Weges zum Sozialismus liegt.

Die von der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution angewandte Gewalt wurde dem russischen Proletariat von der russischen und internationalen Bourgeoisie aufgezwungen. Diese Gewaltanwendung während der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution war daher nur ein sich aus der historischen Situation ergebender notwendiger besonderer Aspekt und nicht eine für eine sozialistische Revolution allgemein gültige Regel.

1919 verkündete W. I. Lenin während des Bürgerkrieges in Russland und in den Tagen der Gründung der ungarischen Räterepublik:

«In einem Staat, in dem die Bourgeoisie nicht so wütenden Widerstand leistet, wird die Situation für die Sowjetmacht leichter sein; sie wird dort in der Lage sein, ohne Gewalt, ohne den blutigen Weg vorzugehen, der uns von Herrn Kerenski und den Imperialisten aufgezwungen worden ist... Andere

Länder gelangen zum gleichen Ziel der Sowjetmacht, auf anderen, humaneren Wegen... Das von Russland allein gegebene Beispiel war den Arbeitern in der Welt nicht überall ganz verständlich. Sie wussten, dass es in Russland Räte gab, sie waren alle für die Räte, aber sie waren entsetzt über die Schrecken des blutigen Kampfes.» (W. I. Lenin, «Werke», tsch. Ausgabe, Bd. 29, 1955, S. 264 f.) (...)

Das tschechoslowakische Beispiel ist ein Beweis dafür, dass ein scheinbar langsamerer Fortschritt der sozialistischen Revolution (durch allmählichen Uebergang der nationalen und demokratischen Revolution in eine sozialistische) in Wirklichkeit der schnellere Weg war, da die Doppelaufgabe der sozialistischen Revolution gleichzeitig gelöst wurde. Während die schnelle Beseitigung der Kriegsfolgen, die Anstrengungen zur schnellen Wiederherstellung der Produktivkräfte, der wirtschaftliche Fortschritt des Landes, eine neue Arbeitsdisziplin, Förderung von Erziehung und Kultur anfangs auf die totale politische Niederwerfung der Bourgeoisie abzielten, schufen in der Folge alle diese Anstrengungen gleichzeitig die Grundbedingungen für eine schnellere und endgültige Sicherung der Macht in den Händen der Arbeiterklasse. Im Februar 1948, d. h. als die Arbeiterklasse schon alle politische Macht erlangt hatte und die Volksdemokratie als Stadium der Diktatur des Proletariats verwirklicht war,

- a) war der Staatsapparat im Prinzip schon vorhanden und konnte die Arbeiterklasse ihn in ihrem Kampf für den Sozialismus benutzen;
- b) waren die ersten wichtigen Erfolge bei der Schaffung einer neuen Arbeitsdisziplin und eines neuen Verhältnisses zur Arbeit schon errungen;
- c) hatten die Arbeitermassen schon Erfahrungen in der Staats-, Organisations- und Erziehungsarbeit gesammelt;
- d) existierten schon neue Organisationsformen der Arbeiterklasse, wie sie die Führung der breiten Volksmassen beim sozialistischen Aufbau erforderte. Diese neuen Formen stellen einen wichtigen Teil

*Nicht jedem Land seinen eigenen Sozialismus, wohl aber jedem Land seine eigene Uebergangsform dazu.*

des der vollständigen Machtübernahme durch die Arbeiterklasse folgenden Systems der Diktatur des Proletariats dar;

e) hatte sich die durch den Krieg zerrissene Wirtschaft des Landes im Prinzip schon wieder erholt.

Muss die Macht gewaltsam durch einen Bürgerkrieg erobert werden, so kann all dies vom Proletariat erst nach seinem Sieg geschaffen und durchgeführt werden. Das ist ein wirklich überzeugender Beweis dafür, dass ein «Gewaltakt» für die leninistisch-

*Warum denn Blutvergiessen, wenn es auch ohne geht?*

marxistischen Parteien absolut unannehmbar ist, weil er im Widerspruch steht zu ihren fundamentalen Bedürfnissen und Zielen. Die Bestätigung dieses Prinzips durch den tatsächlichen Verlauf unserer Revolution hat die Anziehungskraft des Sozialismus bedeutend erhöht. (...)

Dergestalt ist unser Beitrag ein – ungewöhnlich wertvoller und lehrreicher – Beitrag zur internationalen Arbeiterbewegung, ein Beitrag zur Schaffung von günstigen Bedingungen für einen beschleunigten Vormarsch der proletarischen Weltrevolution. ■

\*

(Schluss der Studie von Jan Kozak. Einen Kommentar dazu bringen wir auf der nächsten Seite.)